



DAS GEBIET ZWISCHEN DÖLLINGHAUSEN UND OSTERODEN ist trotz seiner Lage im Naturschutzgebiet für den Bodenabbau vorgesehen. Der Kartenausschnitt verdeutlicht, wo bereits Sandgruben bestehen bzw. entstehen könnten.

## Neuer Antrag erhitzt die Gemüter

Mehrheit für Bodenabbau – „Nicht immer die gleichen Fehler machen“

**Merzen (cg)**  
Die Diskussion um den Bodenabbau in Merzen erhitzt erneut die Gemüter: Diesmal geht es um den Antrag einer Merzener Firma, in Ost- und Westeroden Sand abzubauen. Die Positionen dazu sind unverändert: Der Rat hat keine Bedenken, die Anwohner protestieren.

Der Landkreis als Genehmigungsbehörde hatte die Gemeinde aufgefordert, eine Stellungnahme zu dem Antrag abzugeben. „Das betrifft baurechtliche Fragen sowie die Erschließung des Grundstücks“, erklärte Bürgermeister Gregor Schröder in der jüngsten Ratssitzung. Diese Punkte hatten die Ausschüsse bereits beraten und eine Empfehlung ausgesprochen.

Der Inhalt der Stellungnahme: Die Gemeinde hat keine Einwände gegen den Abbau, wenn die übrigen Träger öffentlicher Belange gehört werden und zustimmen. Die Erschließung der Grube erfolgt über eine Anbindung an den Ankumer Damm (Kreisstraße 111). Ein Vertrag zwischen Gemeinde und Antragsteller regelt die Unterhaltung der Erschließungsstraße.

Eine solche Stellungnahme habe man in der Vergangenheit zu allen Abbauvorhaben in der Gemeinde abgegeben, so Schröder, der den Bodenabbau als „leidiges und schwieriges Thema“ bezeichnete. „Wir haben alle gleich

behandelt“, bekräftigte Christof Büscher (CDU), Vorsitzender des Bau- und Wegeausschusses. Sein Fraktionskollege Georg Weglage ergänzte, der Rat müsse den Interessen aller Einwohner gerecht werden. „Die Stellungnahme ist ein tragfähiger Kompromiss.“

Franz-Josef Wilke (Freie Wählergemeinschaft) sah das anders. „Wir schauen nicht mit dem Bürger in die gleiche Richtung“, bemängelte er und erinnerte an die September-Sitzung. Damals hatte der Rat trotz vehementen Protes-

tes ein Abbauvorhaben in Döllinghausen nahe des Hamberges befürwortet.

„Es geht nur darum, dem Landkreis Osnabrück zu signalisieren, dass es mit dem Bodenabbau in Merzen so nicht weitergehen kann.“ Ein Gesamtkonzept, so Wilke, fehle bis heute. „Wir können uns doch nicht planlos ausgraben lassen und immer wieder die gleichen Fehler machen“, kritisierte er.

Die CDU-Fraktion wies das zurück. Redner befürchteten, wenn die Gemeinde ihr Einverständnis versage, drohten

Regressansprüche und gerichtliche Auseinandersetzungen. Außerdem handele es sich bei dem Gebiet zwischen Döllinghausen und Ost- und Westeroden um Flächen, die für den Bodenabbau ausdrücklich vorgesehen seien.

Unzufrieden mit der Stellungnahme war auch Theo Trienen, Sprecher der Bürgerinitiative „Rettet den Hamberg“. Er vermisste erneut eine klare Position der Gemeinde. „Es hätte dem Rat gut angestanden, beim Landkreis ein Gesamtkonzept für den Bodenabbau zu fordern.“

### Bodenabbau in Ost- und Westeroden

## Den Kopf in den Sand gesteckt

Von Christian Geers

Wer eine Stellungnahme abgibt, bezieht Position, äußert eine Meinung, macht Einwände, weist auf Widersprüche hin, lobt oder moniert. All das sucht man in der Stellungnahme zum Bodenabbau in Ost- und Westeroden vergeblich. Deutlich wird, hier hat der Gemeinderat einmal mehr mit äußerster Zurückhaltung formuliert. Oder anders: Er hat den Kopf in den Sand gesteckt.

Dabei müssten die Ratsmitglieder längst auf den Gedanken gekommen sein, dass es

mit der Buddelei rund um Ham- und Boberg auf Dauer so nicht weitergehen kann. Sie wissen, dass es massive Beschwerden in der Einwohnerschaft gibt, die zu Recht die tief greifenden Eingriffe in die Natur skeptisch beäugt und angesichts der Kraterlandschaft ein Umdenken fordert.

Doch der Rat begnügt sich mit Allgemeinplätzen, will weiterhin alle Antragsteller gleich behandeln und gleichzeitig den Einwohnern gerecht werden. Letzteres ist ein Lippenbekenntnis. Nicht einmal in einem Nebensatz finden sich die Bedenken der

Anlieger und ihre Anregung, der Kreis möge ein Konzept für den zukünftigen Abbau von Bodenschätzen entwickeln.

Warum diese Zurückhaltung? Aus Angst, eine Position gegen den Sandabbau zöge sofort knallharte Regressansprüche der betroffenen Firmen nach sich? Wo kommen wir eigentlich hin, wenn man nicht einmal mehr frei und ohne Zwänge seine Meinung sagen darf? Gerade dazu sind doch Stellungnahmen da, denn ansonsten könnte sich die Gemeinde das Papier sparen.

# „Keine Landschaft wie ein Schweizer Käse“

Merzener Hamberg: Naturschutzbund beklagt „seltsame Zufälle“ – Gesamtkonzept gefordert

Merzen „Seltsame Zufälle“ haben das Verfahren zur Genehmigung eines Sandabbaus im Bereich des Merzener Hamberges begünstigt. Das meint jedenfalls der Naturschutzbund Osnabrück (Nabu).

Die Familie von Schorlemer habe dort den Abbau von Sand und Kies auf einer etwa acht Hektar großen Fläche be-

antragt, „die laut Landschaftsrahmenplan des Landkreises vom Abbau freigehalten werden soll“, heißt es in einer Pressemitteilung. Diese Festsetzung spiele offenbar keine Rolle mehr, befürchten die Naturschützer, die eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes als wesentliches Argument gegen das Vorhaben anführen. Weitere „Zufälligkeiten“

hat der NABU im laufenden Flurbereinigungsverfahren Döllinghausen festgestellt. Dort sei „nämlich ein besonders starker Ausbau der Zuwegung von der B 218 zum beantragten Abbauvorhaben geplant“. Der Naturschutzbund: „Im gesamten Verfahren Döllinghausen sind nur die vom Schulbus genutzte Straße und die Abbauzweigung mit einer schweren bitu-

minösen Befestigung vorgesehen; zusätzlich sollen Ausweichstellen angelegt werden.“ Die Flurbereinigungsbehörde müsse klare Begründungen liefern, „warum diese Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur erforderlich sind, oder darauf verzichten“. Investitionen zum Abtransport des Sandes seien „nicht Sache des Steuerzahlers, sondern des Antragstel-

lers“, sagte NABU-Presse Sprecher Josef Voß.

Um die zahlreichen Bodenabbauern rund um den Hamberg zu ordnen, erwarten die Naturschützer vor der Genehmigung neuer Sandgruben ein Gesamtkonzept für das Gebiet. Voß: „Es kann nicht sein, dass jeder hier unabhängig sein Loch buddelt und die Landschaft hinterher aussieht wie ein Schweizer Käse.“

# „Wir haben auf ein Signal gehofft“

## Bürgerinitiative kritisiert Stellungnahme des Gemeinderates zum Sandabbau

Merzen (cg) Dem geplanten Sandabbau in Plaggenschale in direkter Nachbarschaft zum Hamberg wird die Gemeinde Merzen zustimmen, wenn die Mehrheit der Träger öffentlicher Belange keine Einwände erhebt. Eine entsprechende Stellungnahme hat der Gemeinderat formuliert. Die Bürgerinitiative hält an ihrer Kritik fest: Der Berg ist landschaftsprägend und sollte von einem Abbau verschont bleiben.

Bevor sich der Rat in seiner Sitzung am Donnerstagabend zu diesem Urteil durchrang, stellte Bürgermeister Gregor Schröder nochmals klar, dass das Gebiet in Plaggenschale für den Bodenabbau vorgesehen sei. Der Antrag sei inzwischen gestellt, der Landkreis Osnabrück als Genehmigungsbehörde habe die Gemeinde zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Nach einem Gespräch zwischen Bürgerinitiative, Gemeinderat, Landkreis und Antragsteller sei ein Kompromiss

erarbeitet worden. „Der Hamberg bleibt erhalten, es wird nur einen reduzierten Sandabbau geben“, erläuterte Schröder.

Der Landschaftsfahnenplan, auf den sich die Kritiker des Vorhabens beriefen, „ist unverbindlich und formuliert weder bestimmte Rechte noch Pflichten“. Das Gebiet sei vorrangig für den Bodenabbau vorgesehen, „der Antragsteller

**„Rohstoffgewinnung ist dort vorgesehen“**

hat also gute Karten, das auch so genehmigt zu bekommen“, so der Bürgermeister.

Die Gemeinde besitze keine rechtliche Handhabe, den Antrag zu verhindern. „Wir haben aber die Möglichkeit, den Lkw-Verkehr auf bestimmte Straßen zu beschränken, die wiederum von Antragsteller zu unterhalten sind.“ Schröder: „Damit behandeln wir alle Sandabbauunternehmen in diesem Bereich gleich.“

Ratsherr Franz-Josef Wilke (FVG) kritisierte, dass der Landkreis Osnabrück nicht einmal über eine Bedarfsplanung verfüge, die den Abbau von Bodenschätzen auf Dauer festlege. Er störte sich vor allem an der Formulierung, dass die Kuppe des Hamberges erhalten bleibe sollte. „Der Berg an sich bleibt also nicht übrig.“ Außerdem forderte Wilke, der Rat möge auf die Kreisverwaltung einwirken, eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag zu geben.

Die sei laut Landkreis gar nicht nötig, hielt der Bürgermeister dem entgegen. Auch bei der CDU-Mehrheit im Rat stieß Wilke damit auf Ablehnung. Fraktionssprecher Bernhard Rolfes erklärte, seine Ratskollegen würden den Sandabbau befürworten, zumal der Antragsteller auf ein Drittel der ursprünglichen Abbaufläche verzichtet habe. Elf CDU-Ratsmitglieder stimmten schließlich für eine positive Stellungnahme, die beiden FWG-Mitglieder dagegen. „Wir haben heute auf ein

Signal gehofft“, erklärte Theo Trienen, der Sprecher der Bürgerinitiative „Erhalte den Hamberg“, nach der Sitzung. Der Gemeinderat hätte deutlich machen können, dass er großen Wert auf einen sensibleren Umgang mit Natur und Landschaft lege. Schließlich werde das Landschaftsbild in Plaggenschale erheblich beeinträchtigt.

**CDU-Mehrheit votiert einstimmig für Antrag**

Trienen gestand ein, dass der Rat den Abbau nicht werde verhindern können. „Aber es ist doch ein Unterschied, ob die Gemeinde eine Stellungnahme wie jetzt beschlossen ohne Bedenken abgibt oder darin den notwendigen Schutz der Landschaft sehr deutlich herausgestellt.“ Er kündigte an, die Argumente gegen den Abbau „im Verfahren weiter deutlich zur Sprache zu bringen“.

### Sandabbau am Hamberg

## Vornehme Zurückhaltung

Von Christian Geers

Sand und Kies, auch als „Merzener Gold“ bekannt, werden schon seit Jahren aus dem Plaggenschaler Boden gefördert. Doch jetzt dringen die Gruben in einen Bereich vor, der bei Naturschützern und Anwohnern auf Ablehnung stößt: Sie sehen den Hamberg gefährdet.

Fakt ist, das Gebiet rundherum ist für die Rohstoffgewinnung vorgesehen. Darauf beruft sich der Grundstückseigentümer, daran kann der Landkreis Osnabrück nicht vorbei. Auch die Gemeinde Merzen nicht, die nun eine Stellungnahme formulieren musste.

Doch die hat der Rat eigentlich gar nicht abgegeben. Er beschloss lediglich, sich der Mehrheit der Träger öffentlicher Belange anzuschließen.

Im Klartext: Sind sie für den Sandabbau, ist es auch die Gemeinde. Im anderen Fall würde Merzen sogar eine Ablehnung mittragen. Das ist geschickt formuliert, der Rat hat sich so ein Hintertürchen offen gelassen.

Das ist unverständlich, denn die Gemeinde ist wie alle anderen Träger öffentlicher Belange ein gleichberechtigter Partner in diesem Genehmigungsverfahren. Auch wenn ein Sandabbau sehr realistisch erscheint, hätte sie selbstbewusst Position beziehen und auf einen sensiblen Umgang mit der Natur hinweisen können.

Ihre Stimme zählt schließlich nicht weniger als die der anderen Beteiligten. So bleibt der Eindruck, dass sich der Rat in vornehmer Zurückhaltung geübt und von vorneherein jede Diskussion gescheut hat.

## „Auf Kosten anderer profilieren“

Als Reaktion auf den Bericht vom 28. Juni „Sandabbau beim Hamberg: Ding ist noch nicht vom Eis“, weist FWG-Ratsfrau Susann Gielians die von einem Ratskollegen gegen sie gerichteten Vorwürfe zurück:

Die Interessengruppe „Erhält den Hamberg“ ist von Anfang an sehr souverän und verantwortungsvoll mit dem Thema „Sandabbau am Hamberg“ umgegangen (...), jeglicher persönliche Angriff (wurde) vermieden. (...) Die politischen Parteien/Gemeinschaften sind ganz bewusst aus der Diskussion herausgehalten worden. (...)

Nun ist es leider geschehen, dass ein Mitglied der Mehrheitspartei die Diskussion um den Hamberg benutzt, um sich selbst auf Kosten der Sache und genannten Personen zu profilieren. Nicht genug, dass er sich als betroffener Anwohner nicht ausreichend kundig gemacht hat, wird nun versucht, über Falschaussagen, der Sache (Hamberg) und der Person und darüber einer politischen Gemeinschaft zu schaden.

Ich erspare mir hier im Einzelnen auf die – unberechtigten – Vorwürfe einzugehen. Hier geht's nicht um Personen und Profilierung, sondern darum, dass (...) alle Bürger der Gemeinde Merzen an einem Strang ziehen sollten, um den Abbau des Hambergs – jedweder Art – „ob mit oder ohne Auflagen für den Eigentümer“ zu verhindern. (...) Einzelne Profilierungen/Diffamierungen führen zwar dazu, dass man sich auf Kosten anderer gut ins Gespräch gebracht hat. Ich für meine Person möchte lieber mit meiner qualifizier-

ten Arbeit im Rat (...) für die Interessen der Bürger in ihrer Gesamtheit etwas erreichen.

Jeden Bürger unserer Gemeinde rufe ich dazu auf, sich (...) am geplanten Abbaugelände ein Bild zu machen – und falls der betreffende Ratskollege ebenso wie ich dafür ist, dass der Hamberg einschließlich seiner Randgebiete (insgesamt rund 8 Hektar) in seiner bisherigen Gestalt erhalten bleibt; sich in die bei Theo Trienen (Vertreter der Interessengemeinschaft) ausliegende Unterschriftenmappe einzutragen. In den nächsten Tagen werden weitere Listen in den ansässigen Geschäften ausliegen.

Susann Gielians  
Osterodener Weg 1  
Merzen

# Sandabbau beim Hamberg: „Ding ist nicht vom Eis“

## Persönliche Angriffe auf Ratssitzung

**Merzen (kj)**  
Zum Teil überschattet von persönlichen Angriffen unter den Kommunalpolitikern hat sich der Gemeinderat Merzen auf seiner Sitzung am Donnerstagabend die Option offen gehalten, einem in der Gemarkung Ost- und Westeroden beantragten Sand- und Kiesabbau zuzustimmen. „Das Ding ist nicht vom Eis“, sagte Bürgermeister Gregor Schröder (CDU).

Anlass der Diskussionen ist die Absicht von Monika Freifrau von Schorlemer aus Bippen, in den Merzener Ortsteilen Ost- und Westeroden auf einer Fläche von etwa acht Hektar nordöstlich der B 218 zwischen Schwagstorf und Plaggenschale Kies und Sand abzubauen. Der Haken: Zum Gebiet gehört der so genannte etwa 119 Meter hohe Hamberg, den die Anwohner wie berichtet schützen wollen.

Schröder mahnte während der Sitzung eindringlich, beim beabsichtigten Bodenabbau handle es sich keineswegs schon um einen Antrag, „sondern nur um eine Voranfrage, ob ein Abbau möglich ist“. Sodann zählte er eine Vielzahl von Paragraphen des Bundesbaugesetzbuches auf, die das Verfahren regeln – und an die auch die Gemeinde gebunden ist. Der Bürgermeister versicherte den Anwohnern, mit ihnen „in eine Richtung zu gucken“, versprach sogar mit Vehemenz: „Wir machen nicht Ramba-Zamba mit der Landschaft.“ Indes deutet einiges darauf hin, dass die Gemeinde im Grunde genommen kaum Spielraum hat, eine so ge-

nannte „positive Stellungnahme“ – die also den beabsichtigten Sand- und Kiesabbau passieren lassen müsste – zu umgehen. Denn Schröder verwies auch darauf, „dass wir es bei Stellungnahmen bisher immer so gehalten haben, ein Einvernehmen dann nicht zu verweigern, wenn die Träger öffentlicher Belange zustimmen“.

Und genau das ist der Fall, wie gestern Abend auf Anfrage dieser Zeitung CDU-Ratsherr Stefan Hemann bestätigte. Es gibt nur einen einzigen Lichtblick: Im Landschaftsrahmenplan von 1994 heißt es, der Hamberg sei „von Bodenabbau frei zu halten“. Schröder: „Da hängen wir uns dran.“

Stefan Hemann lieferte sich im Übrigen ein heftiges Wortgefecht mit FWG-Ratsfrau Susanne Giellans, sprach sogar von „Mobbing“. Hintergrund: Er fühlte sich von seiner Ratskollegin so hingestellt, „als ob einen die Sache nicht interessiert“. Diesen Aspekt relativierte Hemann gestern Abend im Gespräch. Er wiederholte aber zugleich die auch während der Ratssitzung an Giellans geäußerte Kritik, sie habe sich in der Art geäußert, „als ob Ratsmitglieder nicht Bescheid wüssten“. Hemann: „Ich unterstelle mal, dass alle anderen Bescheid wussten, nur Frau Giellans nicht.“ Vor allem monierte er, dass Giellans sich wie alle anderen Wegeausschuss-Mitglieder für eine positive Stellungnahme in Sachen Sandabbau ausgesprochen habe – dann aber gegenüber den Bürgern eine andere Position vertrat. Susanne Giellans war zu diesen Aussagen gestern Abend nicht mehr zu erreichen.

### **Erhalt der Heimat**

Zum möglichen Sandabbau am Hamberg im Merzener Ortsteil Westeroden äußert sich dieser Leser, nach dessen Ansicht die entschlossensten Bürger im Landkreis in der Gemeinde Merzen wohnen:

„Im Raum Osnabrück leben ja laut einer Umfrage die glücklichsten Deutschen. In der Gemeinde Merzen wahrscheinlich die Entschlossensten, wenn es um den Erhalt der Heimat geht! Was ich selber an Unterstützung durch meinen heimischen Ortsteil erlebt habe, ist ohne Beispiel. Hier ist Heimatliebe nicht nur ein Wort. Hier wird sie auch in die Tat umgesetzt. Gerne bin ich bereit, Freiherrn von Schotlemer die Schönheiten im näheren und weiteren Umfeld des Hamberg-Gebietes zu zeigen. Als ehemaliger Beauftragter für den deutschen Wald müsste er erkennen, dass es auch in einem zum Bodenabbau freigegebenen Gebiet Grenzen gibt! Grenzen in einer Gemeinde, die gerade das ‚E‘ für Erholung beantragt hat!“

Theo Trienen  
Westeroden 10  
Merzen

### **Chance für Merzen**

Als „Perle im Naturpark Teutoburger Wald“ sieht folgender Leser den Hamberg im Merzener Ortsteil Westeroden. Er äußert sich zu einem möglichen Sandabbau:

„Eigentlich ist unser Bürgermeister Gregor Schröder ja zu beneiden. Kaum im neuen Rathaus eingezogen, geben ihm die Bürgerproteste um den Sandabbau des Hambergs eine Steilvorlage in Sachen ‚Bürgernah handeln‘. Da viele von uns wissen, dass bei ihm Heimatverbundenheit und bodenständiges Denken und Handeln groß geschrieben wird, wird es für die Freifrau von Schotlemer schwierig werden, ihren Antrag auf Abbau des Hambergs durchzusetzen. Da aber der Gemeinderat abstimmen muss, wünsche ich unserem Bürgermeister viel Glück bei der Überzeugungsarbeit im Rat. Wäre doch schön, wenn der Hamberg das bleiben könnte, was er immer war: Eine Perle im Naturpark Teutoburger Wald.“

Josef Klausing  
Hauptstraße 63  
Merzen

# Bürger wehren sich: Lasst den Hamberg stehen!

## Bewohner befürchten Sandabbau in Döllinghausen

Merzen Wird es den 118 Meter hohen „Hamberg“ im Merzener Ortsteil Westeroden bald nicht mehr geben? Das zumindest befürchten Bewohner aus Westeroden, Plaggenschale und Döllinghausen, nachdem bekannt geworden war, dass die Eigentümerin, Freifrau von Schorlemer aus Lonnerbecke, für diesen „Hamberg“ Sandabbau beantragt hat. Die Bewohner wehren sich.

Zu einer öffentlichen Protestaktion gegen dieses Abbauvorhaben, das zudem acht Hektar Wald betrifft, formierten sich am Wochenende Frauen, Männer und Kinder aus den Ortsteilen der Einheitsgemeinde Merzen. Auf Initiative von Theo Trienen trafen sie sich direkt am Fuße des Berges. Man wehre sich nicht generell gegen Sandabbau, sagte Trienen, der „Hamberg“ aber müsse tabu bleiben.

Wenn sich die Gemeinde als Erholungsort präsentieren

### Acht Hektar Wald betroffen

wolle, kann sie nach seiner Ansicht nicht zulassen, „dass Berge abgebaut werden“. Jugendliche forderten auf einem Spruchband „Lasst den Hamberg stehen“. Kein Wunder – schließlich ist der Berg im Winter auch ein beliebter

Rutsch- und Rodelspaß. „Es ist eine komplette Veränderung des Landschaftsbildes und ein massiver Eingriff in Flora und Fauna“, kritisierte Christel aus dem Moore. „Alle, die das wollen, sollen sich hier erst mal angucken, was sie ka-

### Beliebter Rutsch- und Rodelspaß

putt machen“, sagte Birgit Westerfeld. Nicht weniger als vier Sandgruben gebe es im Umfeld bereits, hieß es weiter. Die Sandbelastung bei stürmischer Wetterlage sei schon erheblich.

Sowohl der Kreisgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Johannes Bartelt, als auch Franz-Josef Wilke und Susanne Gellians von der Merzener FWG informierten die Gegner des Abbaus über die aktuelle Lage. Demnach liegt dem Landkreis eine Anfrage der Eigentümerin vor, sagte Johannes Bartelt. Der Leiter der letztlich entscheidenden Behörde habe sich auf seine Anfrage hin aus „landschaftlich ökologischen Gründen“ allerdings gegen das Vorhaben ausgesprochen. Die so genannte Rohstoffabbauwürdigkeit des „Hambergs“ werde derweil geprüft und der Rat der Gemeinde Merzen habe zum Vorhaben eine Stellungnahme abzugeben, sagte Bartelt.

Im örtlichen Bau- und We-

geausschuss sei der Tagesordnungspunkt im Schnellverfahren abgehandelt und durchweg positiv beschieden worden, kritisierte Susanne Gellians die Vorgehensweise der Ausschussmitglieder. Diese hätten offensichtlich gar nicht gewusst, „dass es sich dabei um den ‚Hamberg‘ gehandelt hat“, vermutete die Ratsfrau. Dem Verwaltungsausschuss liegt das Thema am 17. Juni vor, der Rat entscheidet am 26. Juni über eine Stellungnahme für oder gegen den Abbau. Theo Trienen kündigte eine Unterschriftenaktion und weiteren Widerstand an.



MIT EINEM PROTESTBANNER drückten die Bürger verschiedener Merzener Ortsteile ihre Sorge um den „Hamberg“ aus, den sie durch einen möglichen Sandabbau gefährdet sehen.